

Internationaler Bund

Rede des IB-Vorstandsvorsitzenden Thiemo Fojkar auf der Veranstaltung der EUD am 10. April 2018 zum Thema

„Europa, Menschenrechte, Flüchtlinge und Frankfurt“

- Es gilt das gesprochene Wort -

Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU: Chancen und Herausforderungen

Der Beginn einer Idee: Ein gemeinsames Europa

Nach den großen Katastrophen im 20. Jahrhundert war man in Europa zutiefst von dem Gedanken überzeugt, dass die Überwindung von Krieg und Not nur durch entschlossene Schritte zur europäischen Integration zu erreichen sei. Darüber hinaus betrachtete man die Integration Europas als Friedensprojekt, mit dem die Gegensätze der einstigen Kriegsgegner und die innere Zerrissenheit des Kontinents dauerhaft überwunden werden könnten. Infolgedessen verschrieben sich in zahlreichen europäischen Staaten engagierte Bürgerinnen und Bürger, aber auch Teile der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elite dem Ziel der europäischen Einheit. Neben der Sicherung des Friedens und die Schaffung von Wohlstand sollte die zukünftige Ordnung sich durch verbindliche Rechtsstaatlichkeit auszeichnen.

Ich darf hier eine Persönlichkeit erwähnen, die sich für diese Zielsetzungen besonders einsetzte. Es war Prof. Dr. Carlo Schmid, Staatsrechtler und nach dem Krieg stellvertretender Vorsitzender der SPD. Carlo Schmid war im Jahr 1949 nicht nur ein Gründungsmitglied des Internationalen Bundes, auch spielte er eine führende Rolle bei der Gründung der Europäischen Bewegung Deutschlands EBD in Wiesbaden. Die EUD ist als Bundesverband und mit fast allen Landesverbänden Mitglied in der EBD.

Im damaligen Grundsatzreferat zeigte Schmid nicht nur die bisherigen Wege (und Grenzen) europäischer Einigungsbemühungen auf, sondern betonte in programmatischer föderalistischer Diktion, dass „dieses neue Europa“ nur dann geschaffen wird, wenn die Staaten bereit sind, erhebliche Bereiche ihrer Souveränität auf ein überstaatliches europäisches Gebilde abzugeben bereit sind.

Keine einheitliche Europäische Flüchtlingspolitik

Nach großen Erfolgen im fortschreitenden Prozess der europäischen Einigung ist in den letzten Jahren ein gewisser Stillstand eingetreten. Manche sprechen sogar von einer Spaltung in der EU. Viele Mitgliedsstaaten machen dies an der Flüchtlingspolitik fest.

Seit dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise im Herbst 2015 haben die EU-Kommission und zahlreiche Mitgliedstaaten versucht, ihre Flüchtlingspolitik auf eine gemeinsame Politik auszurichten, um eine der größten Herausforderungen unserer Zeit auf humane, aber dennoch effektive Weise zu meistern.

Die gemeinsamen Anstrengungen zur Sicherung der EU-Außengrenzen, die Kooperation mit Partnerländern wie der Türkei und die Migrationspartnerschaften mit afrikanischen Ländern, ein verbesserter Schutz der Migranten und der Kampf gegen die Schleuser waren erste Schritte und haben kleine Ergebnisse gebracht. Die Zahl der irregulären Grenzübertritte an den wichtigsten Migrationsrouten ist 2017 um 63

Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Die Europäische Union ist entschlossen, irreguläre und gefährliche Routen zu schließen und dafür sichere, legale Wege nach Europa anzubieten. Trotz Verbesserungen bei der Steuerung der Flüchtlingsströme verfügt Europa immer noch nicht über eine gemeinsame Flüchtlingspolitik. Und dass, obwohl der Bürgerkrieg in Syrien beispielsweise schon seit sieben Jahren Menschen in Scharen aus dem Land treibt und im Mittelmeer nach wie vor Tausende ertrinken. Anders als bei anderen Aufgaben findet Europa hier nicht zu sich selbst.

Luxemburgs Außen- und Europaminister Jean Asselborn befürchtet sogar ein vollständiges Scheitern der europäischen Flüchtlingspolitik. Er spricht von „dem Versagen Europas“, weil Staaten wie Polen und Ungarn den anderen EU-Ländern die Solidarität in der Flüchtlingskrise verweigern. Deshalb werde es nur schwer gelingen, diese Aufgabe gemeinsam und vor allem solidarisch zu lösen, befürchtet Asselborn.

"Das System funktioniert nur, wenn danach auch eine Verteilung stattfindet", kommentierte Asselborn in Sofia. In Krisenzeiten könne nicht die ganze Last auf den Ländern an der Außengrenze der europäischen Union liegen. Eine europäische Flüchtlingspolitik müsse im Interesse aller Länder sein. „Wenn wir das nicht hinkriegen, werden wir daran ersticken“, so Asselborn.

Nur bei den Themen Abschiebung und Überwachung der Grenzen gebe es im EU-Rat Einigkeit, sagte Asselborn. Allerdings müssen alle migrationspolitischen Entscheidungen einstimmig von den Staats- und Regierungschefs beschlossen werden. Dies bedeute, dass wenige Länder oder sogar nur ein Land alles blockieren kann. Wegen dieses Streits über eine mögliche Quotenregelung zur Verteilung von Flüchtlingen in der EU kommt die geplante Reform der EU-Asylpolitik seit 2016 nicht voran. Ziel der EU-Staaten ist es derzeit, bis Juni zu einer politischen Einigung zu kommen. Eine schnelle Änderung ist nicht in Sicht, dazu müsste man die Verträge, auf denen die EU fußt, einem umfassenden Reformprozess unterziehen. Dies wird nicht schnell möglich sein und dabei muss auch darauf geachtet werden, dass die Idee eines gemeinsamen Europa keinen Schaden nimmt.

Bis heute haben weder Ungarn noch Polen auch nur einen einzigen Flüchtling aus dem von der EU beschlossenen Programm zur Umverteilung aufgenommen. Die rechtskonservative Regierung Ungarns weigert sich derzeit, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Verteilung der Flüchtlinge umzusetzen. Mit der rechtskonservativen Regierung Polens liegt die EU wegen der umstrittenen polnischen Justizreformen im Streit.

Fortschritte, die diese Regierungen zu einem Umdenken bewegen könnten, wären dann zu erreichen, wenn der Schutz der EU-Außengrenzen verbessert wird und gewährleistet ist, dass nur eine geringere Zahl von illegalen Migranten nach Europa kommt. Umso weniger relevant wäre das Problem der Verteilung der Schutzbedürftigen und umso leichter sicherlich eine Einigung zur Verteilung zu erreichen. Hoffnungen, dass die Europäische Grenz- und Küstenwache „Frontex“ die Sicherung der Grenze umfassend gewährleistet, laufen dann ins Leere, wenn Schutzsuchende in Booten auf dem Mittelmeer treiben. In diesen Fällen kann eine Zurückweisung nicht erfolgen.

Zu berücksichtigen ist bei allen möglichen Maßnahmen, dass das Asylrecht erhalten bleibt. Schutzsuchende müssen bei politischer Verfolgung oder Bedrohung ihres Lebens oder das ihrer Familien auch tatsächlich Schutz erhalten können. Das ist eine

der Grundsäulen deutschen humanitären Rechts. Sie darf nicht durch den Versuch, eine gemeinsame europäische Lösung zu schaffen, ausgehöhlt werden.

Versuche, die Außengrenzen der EU hermetisch abzuriegeln und Europa zu einer Festung auszubauen, sind nicht zielführend und abzulehnen. Letztlich würden derartige kostspielige Investitionen vor allem dazu führen, dass die Fluchtwege für Schutzsuchende riskanter und teurer werden. Eine solche Politik kann keine Unterstützung finden, auch deshalb nicht, weil Europa auf Grund demografischer Entwicklungen auf Zuwanderung motivierter Fachkräfte angewiesen ist. Aus volkswirtschaftlicher Sicht wäre deshalb eine geregelte und im Idealfall eine gesteuerte Zuwanderung ideal. **Stichwort Zuwanderungsgesetz!**

Geregelte Zuwanderung bedeutet aber auch, illegale Zuwanderung zu verhindern. Statt zu versuchen, Europa zu einer Festung auszubauen und in diesem Zuge sogar eine der größten Erfolge der EU – das Schengen-Abkommen - aufs Spiel zu setzen, muss eine andere Aufgabe in den Fokus rücken: Die wirksame Bekämpfung von Fluchtursachen! Bei der EU-Kommission in Brüssel ist man sich einig, dass mehr getan werden muss, wenn dieses Ziel ernsthaft in Angriff genommen werden soll. Dafür müssen die „nötigen Ressourcen“ bereitgestellt werden, heißt es im Entwurf einer Erklärung zum EU-Gipfel in Malta. Einiges könne man aus bestehenden Etattiteln zahlen. Es wird begrüßt, dass die Kommission „in einem ersten Schritt“ 200 Millionen Euro zusätzlich mobilisieren will. Die Behörde betont, dass die Mitgliedstaaten mindestens dieselbe Summe einbringen müssten. Machen wir uns nichts vor: Kurz- und langfristige Maßnahmen in diesem Bereich werden die Europäer in jedem Fall auf Jahre hinaus Milliarden kosten.

Neben der Förderung zur Stärkung von Ökonomie und Zivilgesellschaft müssen Investitionen zum Aufbau von Infrastruktur zur Bildung, der Armutsbekämpfung und des Ausbaus der Gesundheitssysteme vorangebracht werden.

Eine Veränderung der Afrika-Politik der EU ist auch in den Debatten des Europäischen Parlaments zu sehen. So sieht etwa die Europäische Volkspartei (EVP) die „Stabilisierung unserer südlichen Nachbarschaft“ als den bedeutendsten Faktor, um den Flüchtlingsstrom in den Griff zu bekommen. Im Entwurf des Papiers zum EVP-Kongress auf Malta heißt es, dass die EU „ihre Afrika-Politik in enger Kooperation mit der Afrikanischen Union stärken muss, um Terrorismus und Instabilität zu bekämpfen“. Man müsse die ökonomische und soziale Entwicklung sowie die Zivilgesellschaft stärken. „Dieser Ansatz wird auch dabei helfen, eine neue Flüchtlingskrise zu verhindern“, schreiben die beiden Autoren Herman Van Rompuy und Elmar Brok von der EVP.

Anstrengungen von Mitgliedsstaaten zielen in die gleiche Richtung. So ist zu begrüßen, dass Deutschland mit dem Auflegen eines „Marshallplans für Afrika“ seine Afrikapolitik mehr auf die Entwicklung ökonomischer und sozialer Standards ausrichten will. Ziel ist die Verbesserung der *Rahmenbedingungen für alle Unternehmen in afrikanischen Ländern*. Dabei stehen der Abbau von Bürokratie, die Bekämpfung von Korruption sowie die Schaffung von Sicherheit und Infrastruktur im Mittelpunkt. Investitionsbedingungen sollen verbessert werden. Aus unserer Sicht wäre dies ein wirkungsvoller Beitrag zur Reduzierung von Fluchtgründen, um diese überflüssig zu machen.

Auf dem für Juni 2018 geplanten Gipfel der Staats- und Regierungschefs müssen hierzu nachhaltige und verbindliche Entscheidungen getroffen werden. Eine Lösung könnte sein, ein europäisches Einwanderungsrecht und ein europäisches Asylsystem

zu schaffen. Das würde auch die Chancen bieten, bei auferlegter Kompromissbereitschaft eine weitgehende Einigung zwischen den Mitgliedsstaaten zu erreichen.